

Marrakesch –

Pakt der Lügen – oder:

Merkel allein in Marrakesch

Von [PP-Redaktion](#)

PP, 10. Dezember 2018

Angela Merkel ist demonstrativ nach Marrakesch geflogen, um den *Global Compact for Migration* zu unterzeichnen. Die Noch-Kanzlerin von Deutschland verfolgt damit stur ihre Linie, die illegale Migration mit Hilfe von internationalen Verträgen zu legalisieren.

Obwohl neben den USA auch fast alle wichtigen europäischen Länder aus dem Pakt ausgestiegen sind, erklärte Merkel in Marrakesch, die Ablehnung des Paktes basiere auf „Ängsten“ die von den Gegner des Paktes „benutzt“ werden, „um Falschmeldungen in Umlauf zu bringen.“ Außenpolitisch treibt damit die Regierung Merkel Deutschland noch weiter in die Isolation. Innenpolitisch führt sie an der Migrationsfront Rückzugsgefechte.

An Kritik der Bevölkerung desinteressiert

So hat die Bundesregierung Anfragen der AfD zum Migrationspakt weitestgehend abgewimmelt, ohne auf die darin enthaltene inhaltliche Kritik der Bevölkerung einzugehen. Gleichzeitig besteht sie aber paradoxerweise darauf, alles gehe völlig demokratisch zu und alle würden umfassend informiert.

Der Abgeordnete Stefan Keuter hat mit der AfD-Fraktion die [Anfrage 19/6050](#) gestellt, mit 21 Fragen, die auch dem Bürger auf dem Herzen brennen, so wie „Mit wie vielen Migranten rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2019?“ oder „Wird die Bundesregierung Regelungen schaffen, die eine schnelle Abschiebung von straffällig gewordenen Migranten vorsieht?“ Die arrogant-abfälligen Antworten lauten dann „Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen“ oder „Die Fragen 14 bis 18 werden gemeinsam beantwortet“, auch wenn Fragen 14 bis 18 völlig unterschiedliche Themen behandeln.

Vereinbarung bindend nicht-bindend

Dabei durchzieht die Antwort der Bundesregierung der Widerspruch, dass eine **Vereinbarung nicht-bindend** sein soll. Am Traualtar oder bei einem Hauskauf sind Vereinbarungen nur sinnvoll, wenn sie irgendeine bindende Wirkung haben.

„Der Globale Pakt stellt ausdrücklich einen rechtlich nicht bindenden Kooperationsrahmen dar“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung, er soll aber „regelbasierte internationale Zusammenarbeit und Ordnung in Migrationsfragen stärken“. Was denn jetzt? **Hat er nun regelbasierte Konsequenzen oder nicht?**

Eine Einzelanfrage der AfD zu diesem Thema konnte Staatssekretär Walter Lindner nur mit Ausflüchten beantworten: „Worin besteht nach Ansicht der Bundesregierung der Unterschied zwischen einem „politisch verpflichtenden“ und einem „rechtlich bindenden“ Abkommen?“, hieß es in der Anfrage von MdB Petr Bystron. Der Migrationspakt sei eine „politische *Absichtserklärung*“ und damit „nicht rechtsverbindlich“, antwortete Lindner und verdrehte die Frage. Denn im Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der BRD und der UNO 2016 – 2017 werden Migrationspakt und Flüchtlingspakt ausdrücklich als „politisch bindend“ bezeichnet. Eine „Absichtserklärung“ ist etwas anderes als eine „Bindung“.

Alles andere als transparent

Fast schon Hohn spricht, dass die Bundesregierung bei aller Vertuschung und Verweigerung darauf besteht, völlig transparent gewesen zu sein: „Die Bundesregierung hat in jeder Phase des Erarbeitungsprozesses zum Globalen Pakt ihre Position für die Öffentlichkeit frei zugänglich und transparent gemacht.“ Es wird auf eine UNO-Webseite verwiesen, die sicher nicht regelmäßig von Bürgern aufgesucht wird. Wenn die Bundesregierung wirklich für etwas Werbung machen will, nimmt sie schon mal 100 Millionen Euro in die Hand, um Migrant-NGOs und Lobbyarbeit zu finanzieren.

Wurde nach Bekanntwerden des Migrationspakts von Regierungsseite oft bedauert, nicht genug Aufklärungsarbeit betrieben und das Thema somit „Populisten“ überlassen zu haben, sieht die Antwort der Bundesregierung hier plötzlich kein Problem mehr. Auf die Frage „Wer ist nach Meinung der Bundesregierung dafür verantwortlich, dass auch die Presse- und Medienhäuser nicht über diesen Pakt öffentlich berichtet haben?“ lautet die Antwort: „Die Bundesregierung teilt die in der Fragestellung zum Ausdruck kommende Aussage nicht. In den deutschen Medien wurde über den Globalen Pakt berichtet.“

Wer sich im Vorfeld umfassend und ausreichend über den Migrationspakt informiert fühlte, möge die Hand heben.

Erst die Recherchen von MdB Petr Bystron und Welt-Herausgeber Stefan Aust enthüllten überhaupt die Führungsrolle der deutschen Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Migrationspaktes – kurz vor der Unterzeichnung. Laut ntv sprach ein hochrangiger EU-Diplomat im Zusammenhang mit dem Migrationspakt von „deutscher Geheimdiplomatie“. Als am 28.-30.6.2017, mitten während des Bundestagswahlkampfes, 650 Teilnehmer sich im Auswärtigen Amt in Berlin eintrafen, um den GCM auszuhandeln, wurde es in den Medien kaum thematisiert, geschweige denn zum Wahlkampfthema.

Selbst dem „Tagesspiegel“ wurden Infos zur Entstehung des Migrationspaktes verweigert

Der Tagesspiegel beklagte am 12.11.2018, „Das Auswärtige Amt verweigert eine Auskunft zu den Verhandlungen für den UN-Migrationspakt. Es gibt Kritik an „vertraulicher“ Informationspraxis:

„Die Bundesregierung will die von ihr eingegangenen Kompromisse beim umstrittenen UN-Migrationspakt nicht offenlegen. Auch zu ihren ursprünglichen Verhandlungspositionen verweigert sie Auskünfte. Auf eine Anfrage des Tagesspiegels zum Zustandekommen der im finalen Entwurf des Abkommens enthaltenen Aussagen teilte das Auswärtige Amt (AA) lediglich mit: „Zahlreiche Elemente, die im deutschen Interesse sind, konnten dabei umgesetzt werden, dafür gab es an anderer Stelle Zugeständnisse.“

Es sind also nicht nur die AfD-Anfragen, zu denen die Bundesregierung Auskünfte verweigert, wie der Tagesspiegel feststellen musste.

Die Gefahr der Zensur

Eine Gefahr der Zensur durch „Beseitigung aller Formen von Diskriminierung“ wie durch den Migrationspakt gefordert, kann die Bundesregierung nicht erkennen: „Der Globale Pakt greift nicht in die in Deutschland geltende Rechtsordnung ein. In ihm bekennen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu, jedwede Diskriminierung zu bekämpfen,“ lautet es in der Antwort auf die [Anfrage 19/6050](#).

Was „jedwede Diskriminierung“ bedeutet – die Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern zum Beispiel, legal und illegal, tot oder lebendig, meins oder deins – wird nicht erklärt.

Der Kampf gegen den Migrationspaktes geht jetzt erst recht weiter. Umso wichtiger werden Blogs wie PP.

Merkels Begrüßungsansprache in Marrakesch am 10. Dezember 2018

https://kopp-report.de/montag-10-12-2018-10-40-uhr/?utm_source=Newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=%5BKopp+Report%5D+10.12.2018&utm_term=%7BVersanddatum%7D&utm_content=%7BMailing-ID%7D&ws_tp1=nl&ref=newsletter%2F%5BKopp+Report%5D+10.12.2018%2F%7BVersanddatum%7D_%7BMailing-ID%7D&log=extern&ws_tp2=322RLZU5-IT9YWH&ws_tp3=30FW45N5-2HJQL3

Wenn Sie den obigen link anklicken, finden Sie das Video oben rechts

Der eigentliche Kampf gegen den Migrationspakt beginnt erst heute

Von [David Berger](#)

PP, 10. Dezember 2018

Wider jeden gesunden Menschenverstand unterschreibt Deutschland heute – im Beisein von Merkel – ein Papier, das ihm den Weg in einen totalitären Staat bereitet. Dessen Staatsreligion ist zunächst eine Art Flüchtlingspseudo-Religion mit den dazu gehörigen Dogmen, deren Anzweiflung streng bestraft wird. Sie wird nur eine Übergangsreligion sein, die ihrer Nachfolgerin willig den Teppich ausbreitet.

Merkel ist bereits gestern Abend nach Marrakesch gereist, um dort mit der heutigen Verabschiedung des Migrationspaktes ihr Lebenswerk zu krönen und sich für ihre juristischen Vergehen der letzten Jahre auch auf internationalem Parkett einen Ablass gutschreiben zu lassen.

Aber nicht nur für Merkel, auch für Deutschland wird sich heute etwas von großer Tragweite ändern. Von solch großer Tragweite, dass man ursprünglich geplant hatte, das ganze über die Bühne zu bringen, ohne dass die die Mächtigen immer öfter störende Bevölkerung davon etwas mitbekommen sollte.

Das funktionierte in vielen Ländern auch. In denen, die von einer vernünftigen Regierung geleitet werden, die sich von Israel, die USA bis hin zu Ungarn, bereits seit Jahren weigern, alle anderen Bedürfnisse ihrer Völker einer ungeordneten Massenimmigration zu opfern, ist das kein Problem.

In den Ländern, die eine starke außerparlamentarische Opposition, freie Medien und eventuell sogar noch eine migratonskritische Partei in ihren Parlamenten sitzen haben, ging diese Rechnung aber auch nicht auf.

Macher des Merkel-Paktes hätten uns das Thema am liebsten verheimlicht

Sieht man einmal von Frankreich ab, wo Marine Le Pen erst letzte Woche zum ersten mal in einer kurzen Ansprache vor dem Migrationspakt warnte. In Österreich, Deutschland und der Schweiz ist es dagegen den freien Medien (ob Blog, umfangreiches Online-Magazin oder Printausgaben), der APO 2018 und der AfD gelungen, dass das Thema in den letzten Wochen ganz oben beim allgemeinen Medieninteresse stand.

Dabei war jedes der vielen Länder, die nach und nach einen Ausstieg aus dem Pakt verkündeten, jedes Mal ein Trumpf für die Gegner des Migrationspaktes.



Für die deutschen Migrationspakt-Inquisitoren ist selbst Israel ein antisemitischer Staat

Als dem System Merkel, das den Migrationspakt ganz wesentlich mit ausgearbeitet hat, klar wurde, dass es seine Pläne zumindest im Hinblick auf den Migrationspakt (über den Flüchtlingspakt, der heute auch verabschiedet werden soll, spricht kaum jemand) nicht mehr geheim halten kann, reagierten die gleichgeschalteten Zensurstellen mit [Fakenews-Geschrei \(„Correctiv“\)](#), umfangreichen Löschaktionen bei Facebook (Twitter hielt sich erstaunlicherweise weitgehend fair zurück) und auch bereits ersten Androhungen juristischer Folgen.

Gegner wurden – selbst von Unionspolitikern – öffentlich als „Nazis“, „Antisemiten“ und „Rechtsextreme“ beschimpft. Getrieben von Hass und Angst vor der eigenen Bevölkerung fiel den Schimpfenden dabei gar nicht auf, dass sie auch ganz Israel dadurch indirekt zu einem „antisemitischen Staat“ erklärten. Zensur und krasse soziale Ächtung der politischen Gegner bzw. der auch der parlamentarischen Opposition und [gerichtliche Maßnahmen](#) gegen sie gehören sonst nur zum festen Handlungsrepertoire von Diktaturen ...

„Aber nun, wenn der Pakt endlich heute endgültig beschlossen wird, wird das ja alles besser. Der Pakt ist ja unverbindlich, so haben uns das Merkel, ihre Medien und selbst die rechten Außenseiter der Union versprochen.“ – Das wird sich nun manch harmoniebedürftiger Mensch wünschen. Schneller als es geht wird er aber enttäuscht werden. **Jetzt geht es erst richtig los.**

Der linksgrüne, merkelsche Flüchtlingshype, der zu einer Art säkularer Staatsreligion in Deutschland geworden ist, hat endlich sein Glaubensbekenntnis in aller Kürze ab heute verpflichtend auf dem Tisch liegen:

„Migration ist eine Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung.“

Aber auch an die notorischen Zweifel hat der Migrationspakt gedacht und gesteht sehr vorsichtig und verklausuliert ein:

„Gleichwohl wirkt sich Migration auf unsere Länder und Gemeinschaften, auf Migranten und ihre Familien **in sehr unterschiedlicher und manchmal unberechenbarer Weise aus.**“

Jede Religion braucht Opfer

Aber solche Kollateralschäden kennt jede – auch die säkulare – Religion. Ja, selbst das Christentum kennt das paulinisch „Credo qui absurdum“ – ich glaube gerade, weil es mich rational nicht überzeugt. Und außerdem: Religion verlangt Opfer, zunächst das „sacrificium intellectus“ (ich opfere meinen Verstand), aber auch ganz konkrete physische Opfer. Mit einer Opferkerze in der Kirche oder einem Besuch beim „Tag der offenen Moschee“ ist es da allerdings nicht getan. In ihrer ursprünglichen Form will die Religion auch Menschen- in unserem aktuellen Fall meist Messeropfer.

Zudem muss jede Religion mit ihren Hohepriestern über die Einhaltung der reinen Lehre achten. [Inquisition und Index der verbotenen Bücher](#) nannte man das damals. Auch der Migrationspakt hat daran natürlich gedacht. Während man bis jetzt noch kritisch über den Migrationspakt und Migration generell berichten durfte, ist das ab heute anders geworden.

Die ersten Opfer: Sicherheit der Schwächsten, Meinungs- und Pressefreiheit

Um seine Ideen umzusetzen, verspricht der Migrationspakt eine „Berichterstattung durch die Medien, einschließlich Informationen im Internet, zu fördern, unter anderem durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen und -begriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung und durch Einstellung der öffentlichen Finanzierung oder materiellen Unterstützung von Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern“.

Wie wir alle wissen, wird heute schon die kleinste Kritik an der desaströsen Migrationspolitik des Systems Merkel als Rassismus verschrien. Selbst zurückhaltenden Islamkritikern wird permanent Fremdenfeindlichkeit unterstellt. Und Medien, die über Straftaten berichten und dabei die Herkunft der Täter erwähnen, wird monoton zum Vorwurf gemacht, „Diskriminierung gegenüber Migranten zu fördern“ – Wer sich das Level vor Augen hält, auf dem wir bezüglich der Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland, aber auch anderen Staaten der EU, bereits angekommen sind, der kann einigermaßen ermessen, welche weitreichende Zensurmaßnahmen auf uns zukommen.

Der Migrationspakt ist auch der Freifahrtschein für die Islamisierung Europas

Und vergessen wir eines nicht: Das Wort Migranten steht bei der derzeitigen Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika in 90 % der Fälle für Muslime. Die nicht nur selbst ganz viel Diskriminierungspotential (gegen Juden, Homosexuelle, Frauen, Christen, Atheisten) mitbringen, sondern – statt ihrer oft weggeworfenen Ausweispapiere- ihre Islamisierungspläne, ob unbewusst oder bewusst, mit ihm ihrem Handgepäck tragen. Man lese dazu nur die klaren [Worte des ungarischen Primas Erzbischof Marfi](#).

Deutschland unterschreibt heute ein Papier, dass ihm den Weg in einen totalitären Staat bereitet, dessen Staatsreligion zunächst eine Art Flüchtlingspseudo-Religion ist. Sie wird nur eine Übergangsreligion sein, die ihrer Nachfolgerin willig den Teppich ausbreitet. Alles nur noch eine Frage der Zeit.

Der Ernstfall ist spätestens seit heute da

Wir befinden uns jetzt noch in einer Phase, in der wir das Steuer zurück zu Rechtsstaat, Demokratie und zur Bewahrung unserer deutschen und abendländischen Kultur herumreißen können. **Der anstehende Kampf wird allerdings keine Party, denn viel Zeit bleibt uns nicht mehr.**
